

Die wissenschaftliche Fundierung der Konjunkturpolitik

I. Der Grundstein

Noch vor wenigen Jahrzehnten war der Begriff der „aktiven Konjunkturpolitik“, d. h. einer Politik der Krisenbekämpfung und Krisenverhinderung, in der Wirtschaftswissenschaft so gut wie unbekannt. Es gab zwar eine Konjunkturwissenschaft, und die Veröffentlichungen über Konjunkturtheorie füllen viele Bände. Aber alle diese Forschungen beschränkten sich darauf, den zyklischen Wechsel zwischen Hochkonjunktur und Wirtschaftskrisis zu beschreiben und die Entstehung der Krisen zu analysieren. Die Lehre, daß der zyklische Wechsel von Hochkonjunktur und Krisis ein unentbehrlicher Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaft ist, war ein ziemlich allgemein anerkanntes Dogma. Karl Diehl hat in seinem Artikel „Krisen“ im Wörterbuch der Volkswirtschaft diesem Dogma eine geradezu klassische Formulierung gegeben, indem er schreibt: „Die allzu kühnen Hoffnungen mancher Konjunkturforscher, daß man durch wirtschaftspolitische Maßnahmen die Konjunktur stabilisieren oder gar zu einer konjunkturlosen Wirtschaft kommen könne, machten immer mehr der Einsicht Platz, daß die Grundlagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems beseitigt werden müßten, wenn man die Konjunkturen ‚regeln‘ wollte.“ In ähnlichem Sinne sprachen sich *Schumpeter* und *Spiethoff* aus, und *L. Albert Hahn* nannte die von *Keynes* vorgeschlagene „konjunkturlose Wirtschaft“ ein „entgöttertes Paradies“¹⁾.

Wir wissen heute, daß dieser Glaube an die Unentrinnbarkeit des zyklischen Wechsels von Hochkonjunktur und Krisis ein Aberglaube war. Wir wissen, daß man auch in der freien Verkehrswirtschaft Krisen verhindern und, soweit sie aus irgendwelchen Gründen einmal ausgebrochen sind, durch staatliche Eingriffe heilen kann. Mit der Zerstörung des alten Aberglaubens von der Unentrinnbarkeit des Konjunkturzyklus ist buchstäblich der wissenschaftliche Grundstein zu der aktiven Konjunkturpolitik gelegt worden, die heute zum unentbehrlichen Bestandteil der praktischen Wirtschaftspolitik jedes modernen Staates gehört. Zu dieser wissenschaftlichen Grundsteinlegung hat in Deutschland insbesondere die große Debatte beigetragen, die durch die Weltwirtschaftskrisis am Ende der zwanziger und zu Beginn der dreißiger Jahre ausgelöst wurde, eine Krisis, die in Deutschland schließlich zu einer Zahl von 6 Millionen Arbeitslosen geführt hat.

Zwei Lager standen damals einander gegenüber. Ohne übermäßige Vereinfachung können wir das eine dieser Lager als das der „Orthodoxen“ oder der „klassischen Konjunkturtheoretiker“, das andere als das der „Reformer“ oder der „Verfechter aktiver Konjunkturpolitik“ bezeichnen.

Die „Orthodoxen“ vertraten folgende Lehren:

a) Es gibt in der kapitalistischen Wirtschaft einen unentrinnbaren Konjunkturzyklus, der vom Boom zur Depression und von der Depression zu neuem Boom führt und so fort.

b) Die moderne Wirtschaft entwickelt außer den Kräften, die immer wieder zu Krisen führen, auch die Kräfte zu ihrer Überwindung. Dieser Automatismus der Krisenüberwindung darf nicht durch wirtschaftspolitische Eingriffe, insbesondere nicht durch Kreditschöpfung, gestört werden. Man muß auf die „Selbstheilung“ vertrauen.

c) Eine der klassischen Voraussetzungen dieser Selbstheilung ist die Preissenkung. Administrative Preissenkungsmaßnahmen können diese Selbstheilung beschleunigen.

Die „Reformer“ setzten dem die folgenden Thesen entgegen:

a) Krisen sind keineswegs unvermeidbar. Die Wirtschaftspolitik verfügt heute über so starke Steuerungsinstrumente, daß es möglich ist, Krisen gar nicht erst zum Ausbruch kommen zu lassen oder sie beschleunigt zu heilen, wenn sie dennoch zum Ausbruch gekommen sein sollten.

1) G. Schmolders, Konjunkturen und Krisen, Rowohlt's deutsche Enzyklopädie, Bd. 3, 1955, S. 74 f.

GRUNDLAGEN DER KONJUNKTURPOLITIK

b) Unabhängig von der Frage, ob dies bei früheren Krisen so war, ist diese Krisis am Ende der zwanziger Jahre nicht durch Kräfte der Selbstheilung, sondern nur durch aktive Konjunkturpolitik zu überwinden.

c) Allgemeine Preissenkungen sind keine Heilmittel, sondern das Gegenteil. Je stärker die Wirtschaftspolitik mit dem Mittel der Preissenkungen arbeitet, desto gewisser wird sich die Krisis verschärfen und von einem Wirtschaftsbereich auf alle Wirtschaftsbereiche ausdehnen.

Die überwiegende Mehrheit der Wissenschaftler in Deutschland vertrat die Lehre der „Orthodoxen“²⁾.

Immerhin stand aber doch eine nennenswerte Minderheit der „zünftigen“ Nationalökonomien im Lager der „Reformer“. Zu den „Reformern“ gehörten vor allem Wissenschaftler, die in den Instituten der praktischen Wirtschaftsforschung tätig waren. Hier ist an erster Stelle *Ernst Wagemann*, Präsident des Statistischen Reichsamts und Gründer und Leiter des Instituts für Konjunkturforschung in Berlin, zu nennen. Vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel gehörten *Gerhard Colm* und *Hans Neisser* zum Kreis der „Reformer“. Der Verfasser verfügte als Leiter der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen über das damals nächst dem Institut für Konjunkturforschung in Berlin und dem Institut für Weltwirtschaft in Kiel größte Instrumentarium der praktischen Wirtschaftsforschung.

Es ist auch kein Zufall, daß zu denen, die damals am entschiedensten den Aberglauben von der Unentrinnbarkeit der Krisen und von der Notwendigkeit des Wartens auf die Selbstheilung bekämpft haben, vor allem auch Wissenschaftler und Wirtschaftspraktiker gehörten, die mit der deutschen Arbeiterbewegung verwachsen sind. Der Verfasser hat damals mit dem Ersten Vorsitzenden des deutschen Holzarbeiterverbandes, *Fritz Tarnow*, und dem Statistiker *Wladimir Woytinski* zusammen den sogenannten *WTB-Plan* (Woytinski-Tarnow-Baade-Plan) verfaßt, einen Plan, der zur Überwindung der Arbeitslosigkeit eine produktive Kreditschöpfung in Höhe von 4 Mrd RM vorsah. Dieser Plan wurde vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zum offiziellen Krisenüberwindungsprogramm der deutschen Gewerkschaften erklärt, aber leider war die Regierung *Brüning* nicht bereit, diesen Plan zu akzeptieren³⁾.

Die Weimarer Republik ist damals nicht den Ratschlägen der „Reformer“, sondern denen der „Orthodoxen“ gefolgt. Nichts oder fast nichts wurde im Sinne der aktiven Konjunkturpolitik getan. Die Arznei der Preissenkungen wurde der kranken Wirtschaft reichlich eingefloßt. „Hier war die Arznei, die Patienten starben, / und niemand fragte, wer genas. / So haben wir mit höllischen Latwergen / in diesen Tälern, diesen Bergen / weit schlimmer als die Pest getobt.“

Dieses Faust-Zitat drängt sich einem auf, wenn man an die tragische Periode der deutschen Konjunkturdebatte und der durch sie beeinflussten wirtschaftspolitischen Entscheidungen denkt. Die Folgen sind bekannt. Je wirksamer Preise und Löhne gesenkt wurden, desto höher stieg die Arbeitslosigkeit. Das Versagen der Weimarer Republik gegenüber der Krisis trug entscheidend zum politischen Zusammenbruch der Demokratie und zur

2) Eine eingehende Darstellung dieses geistigen Ringens hat W. Grotkopp in dem Buch „Die große Krise“ (1954) gegeben, in dem sich auch eine Fülle von Zitaten aus der damaligen Konjunkturdebatte findet.

3) Von den Verfassern dieses Planes lebt Wladimir Woytinski heute in Amerika. Sein in den zwanziger Jahren in deutscher Sprache erschienenes Buch „Die Welt in Zahlen“ hat unzähligen Menschen als unentbehrliches Rüstzeug für Wirtschaftsstudien gedient. Vor einigen Jahren hat er im Auftrag des Twentieth Century Fund zusammen mit seiner Frau das große Standardwerk „World Population and Production, Trends and Outlook“ herausgegeben, das in der englisch sprechenden und lesenden Welt heute eine noch größere Bedeutung gewonnen hat als seinerzeit „Die Welt in Zahlen“.

Der Verfasser ist Direktor des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und Bundestagsabgeordneter. Fritz Tarnow ist im Jahre 1951 im Alter von 72 Jahren in Bad Orb gestorben. Er wäre in diesem Jahre 77 Jahre alt geworden. Es ist eine besondere Freude und Ehre, einen Artikel über die wissenschaftlichen Grundlagen der Konjunkturpolitik in demjenigen Heft der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ zu schreiben, das zum diesjährigen Gewerkschaftskongreß herauskommen wird. Fritz Tarnow ist mit an hervorragender Stelle unter den Männern zu nennen, die an der geistigen Grundsteinlegung der aktiven Konjunkturpolitik mitgewirkt haben. Sein schon drei Jahre vor dem WTB-Plan veröffentlichtes Buch „Warum arm sein?“ (Gewerkschaften und Wirtschaft, Heft 3), 1928, ist eine noch heute sehr lesenswerte Darstellung von Erkenntnissen, die heute zu den Kernstücken der aktiven Konjunkturpolitik gehören.

Machtergreifung Hitlers bei. Die „Reformer“ hatten die brachliegende Leistungskraft von 6 Millionen Arbeitslosen schon seit Jahren als „Kapital im dynamischen Sinne“ und als die wichtigste volkswirtschaftliche Manövriervereiner zur Überwindung der Krisis erkannt. Dieses Kapital wurde dem Nationalsozialismus in die Hände gespielt und von ihm mobilisiert: zunächst zum Bau von Autobahnen und von Fabriken zur Erzeugung synthetischer Rohstoffe, dann aber immer stärker zur Rüstung und Kriegsvorbereitung.

Unter Hitler wurden dann fast 40 Mrd RM Kredite „geschöpft“. Solange diese Kreditschöpfung auch nur einigermaßen zur Finanzierung produktiver Vorhaben diente, trat keinerlei Inflation ein. Diese begann erst, als ein immer größerer Teil der früher brachliegenden Leistungskraft der Arbeitslosen für Rüstungen verwandt wurde. Die Entfesselung des damit vorbereiteten Zweiten Weltkrieges brachte dann die hemmungslose Inflation und den Zusammenbruch.

Die Überwindung der deutschen Wirtschaftskrisis mit ihrer Massenarbeitslosigkeit ist aber nur einer der vielen Fälle erfolgreicher aktiver Konjunkturpolitik, welche die Wirtschaftsgeschichte seit 1930 bietet. Sie ist keineswegs das beste, sondern eher das schlechteste Beispiel.

Aktive Konjunkturpolitik mit Kreditschöpfung für produktive Zwecke wurde unter dem „New Deal“ in den *Vereinigten Staaten* mit größtem Erfolg betrieben⁴⁾.

„In den Vereinigten Staaten waren im Jahre 1933 bei Roosevelts Amtsantritt 12,8 Millionen Menschen arbeitslos. Durch die Maßnahmen des New Deal verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahre 1937 (Jahresdurchschnitt) auf 7,7 Millionen Menschen. Das Löhneinkommen hob sich gleichzeitig von 29,3 Milliarden \$ auf 47,7 Milliarden \$, das Farmereinkommen von 2,3 Milliarden \$ auf 5,6 Milliarden \$ und das gesamte Volkseinkommen von 39,6 Milliarden \$ auf 73,6 Milliarden \$. . . . Die Überwindung der Wirtschaftsdepression in den USA durch den New Deal Roosevelts und die Arbeitsbeschaffung in Deutschland unter dem Nationalsozialismus haben sich in grundverschiedenen politischen Welten vollzogen. Trotzdem kann man sie insofern vergleichen, als in beiden Fällen umfangreiche öffentliche Arbeiten, die eine wichtige Rolle gespielt haben, nicht aus laufenden Budgetüberschüssen, sondern durch Kreditschöpfung finanziert worden sind.“

Sehr aufschlußreich ist auch die Tatsache, daß im deutschen Fall die Inflationserscheinungen im Jahre 1936 begannen, als die Arbeitsbeschaffung in immer stärkerem Maße auf die Rüstungspolitik umgestellt wurde, während im Falle der USA bis zum Jahre 1939 keinerlei Inflation eintrat. Es ist lediglich eine Korrektur der am Beginn der dreißiger Jahre besonders katastrophalen Deflation erfolgt, wobei die Abwertung des Dollars natürlich auch Hilfsstellung geleistet hat. Die Kaufkraft dieses gegenüber dem Gold abwerteten Dollars von 1939 war aber praktisch die gleiche, wie sie im Jahre 1909 gewesen war. Drei Jahrzehnte lang ist die Kaufkraft des Dollars stabil geblieben, obwohl unter dem New Deal fast ebenso viele Milliarden Dollar durch Kreditschöpfung in die Wirtschaft hineingepumpt wurden wie in Deutschland bis zum Jahre 1936 Milliarden Mark.

Inflationistische Wirkungen zeigten sich in Amerika aber dann im stärksten Maße im Zweiten Weltkrieg, als ein sehr großer Teil der amerikanischen Rüstungsausgaben nicht aus laufenden steuerlichen Mitteln, sondern durch die Emission von Schatzwechseln und praktisch weitgehend mit der Notenpresse finanziert wurde. Die Kreditschöpfung für nichtproduktive Zwecke erwies sich in den USA in demselben Maße als Inflationsquelle wie in Deutschland. Bis zum Ende des Krieges wurden die unfundierten Bundesschulden von 53 Mrd \$ auf 272 Mrd \$ gesteigert, und die Kaufkraft des Dollars war — nachdem der Inflationsstopp durch Aufhebung der Höchstpreise im Jahre 1946 beseitigt war — etwa auf die Hälfte der Kaufkraft von 1939 abgesunken.

4) Lebensfähigkeit und Volleschäftigung. Ein Beitrag zur Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Westdeutschland. Hrsg.: Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kiel; Deutsches Institut für „Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), Berlin; Rheinisch-Westfälisches Institut für praktische Wirtschaftsforschung, Essen; Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung, Bremen. Bonn 1950, S. 4 f. (Hektogr.)

Das dritte und vielleicht beste Beispiel aktiver Konjunkturpolitik bietet *Schweden*. Schweden kann heute auf ein volles Vierteljahrhundert der erfolgreichen Krisenüberwindung und einer zum mindesten weitgehend erfolgreichen Vollbeschäftigungspolitik zurückblicken. Diese Politik begann am Anfang der dreißiger Jahre. Überblickt man die gesamte Periode der 21 Jahre von 1933 bis 1954, so kann man feststellen, daß es in fast einem Vierteljahrhundert in Schweden keinen „Konjunkturzyklus“ im klassischen Sinne mehr gegeben hat, d. h. kein überhitztes Wachstum des Sozialprodukts, das danach zur Krisis mit Schrumpfung des Sozialprodukts oder gar mit Arbeitslosigkeit geführt hätte. Das Sozialprodukt in Schweden ist in diesen 21 Jahren nominal von 6,4 Milliarden skr auf 38,7 Milliarden skr gestiegen. Die Steigerung war während dieser Periode ungleichmäßig, und zwar einmal rascher und einmal langsamer. In keinem dieser 21 Jahre aber lag das Sozialprodukt niedriger als in dem vorangegangenen Jahr. Der Großhandelspreisindex ist in dieser Periode von 87,6 auf 282,9 des Standes von 1930, d. h. auf etwas mehr als das Dreifache, der Index der Lebenshaltungskosten von 93,3 auf 217, d. h. etwa auf das Zweieinhalbfache, gestiegen. Rechnet man das Volkseinkommen über die Lebenshaltungskosten auf stabile Werte um, so ist es in der gleichen Periode von 6,4 Milliarden skr auf 16,6 Milliarden skr gestiegen; es hat sich also auch in Realwerten mehr als verdoppelt.

In manchen Abschnitten der Periode von 1933 bis 1954 ist allerdings die Steigerung des Sozialprodukts in Schweden von einer Entwertung der Währung begleitet gewesen. Aber in den acht Jahren von 1930 bis 1938 ist die Kaufkraft der schwedischen Krone im wesentlichen stabil geblieben. Die Entwertung der schwedischen Krone begann im Zweiten Weltkrieg und ist in ihren ersten Abschnitten durch das Anhängen der schwedischen Währung an den Dollar zu erklären. Der Dollar entwertete sich, wie oben dargestellt wurde, während des Zweiten Weltkrieges auf die Hälfte, und dasselbe ging mit der schwedischen Krone vor sich. Es ist eine offene Frage, ob es in Schweden möglich gewesen wäre, diese Entwertung zu vermeiden und trotzdem aktive Konjunkturpolitik zu betreiben. Selbstverständlich wäre dazu eine Abwertung des Dollars, d. h. eine Aufwertung der Schwedenkronen gegenüber dem weich gewordenen Dollar notwendig gewesen. Die Erkenntnis, daß der Dollar keineswegs die härteste Währung der Welt ist und daß ein Land, das eine feste und wertbeständige Währung behalten will, unter Umständen den Dollar abwerten muß, wenn er weich wird, lag damals noch sehr fern, In der heutigen Diskussion in Deutschland spielt sie eine nicht unwesentliche Rolle.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist dann allerdings in Schweden eine weitere Entwertung der Währung erfolgt. Im Interesse der Vollbeschäftigungspolitik und der raschen Steigerung des Sozialprodukts glaubte man in den Jahren von 1946 an der Politik des billigen Geldes starr festhalten zu müssen, und diese Politik führte, wie das nicht anders zu erwarten war, zu einer Sonderinflation. Seit einigen Jahren kämpft man in Schweden — und ebenso in Norwegen, Dänemark und England — um das, was heute auch das Zentralproblem der deutschen Wirtschaftspolitik geworden ist: Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung, Aufrechterhaltung einer von Jahr zu Jahr weiter vor sich gehenden Steigerung des Sozialprodukts, und dieses nicht unter Entwertung der Währung, sondern unter Aufrechterhaltung eines stabilen Geldwertes.

II. Aktive Konjunkturpolitik ohne Inflation

Manche Ökonomen haben die Meinung vertreten, daß eine ständige leichte Inflation eine unentbehrliche Voraussetzung für einen ständigen Aufstieg des Sozialprodukts sei. Der Verfasser ist dieser Auffassung schon im Dezember vorigen Jahres in seiner Studie „Einige grundsätzliche Gedanken zur Konjunkturdebatte“⁵⁾ entgegengetreten: „Die Ver-

5) „Die Weltwirtschaft“, 1955, Heft 2.

hinderung jeder Inflation, d. h. die Verhinderung allgemeiner Preissteigerungen, ist sogar eine völlig unentbehrliche Voraussetzung einer Konjunkturpolitik, die eine langfristige und möglichst erschütterungsfreie Steigerung des Sozialprodukts und des Massenwohlstandes anstrebt. Ob der Aufstieg in Perioden einer besonders raschen Steigerung des Sozialprodukts ‚gesund‘ oder überhitzt ist, muß in erster Linie danach beurteilt werden, ob dieser Aufschwung bei allgemeiner Preissteigerung oder bei Stabilität des allgemeinen Preisniveaus vor sich ging.“

Die sechs Wirtschaftswissenschaftlichen Institute, die in Deutschland seit vier Jahren jedes halbe Jahr eine gemeinsame Diagnose der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft veröffentlichen⁶⁾, sind bei ihrer letzten Gemeinschaftschagnose vom Sommer 1956 zu demselben Ergebnis gekommen, indem sie schreiben:

„Es ist deshalb der Auffassung entgegenzutreten, die behauptet, es sei nicht möglich, gleichzeitig Preisstabilität und ein starkes stetiges Wachstum zu sichern. Vor allem ist die These abzulehnen, Vollbeschäftigung lasse sich nur auf dem Wege einer kontinuierlichen leichten Preissteigerung aufrechterhalten, d. h. nur unter Preisgabe des Grundsatzes der Geldwertstabilität. Die Nachkriegserfahrungen in den sogenannten Vollbeschäftigungsländern besagen keineswegs, daß die Lösung dieses Problems mit adäquaten konjunkturpolitischen Mitteln unmöglich ist. Zwar mag bei einer Einkommensbildung, die Preissteigerungen auslöst, vorübergehend ein rascheres Wachstum des realen Sozialprodukts erzielt werden als ohne diese Anreize; aber eine kontinuierliche inflatorische Entwicklung selbst noch so geringen Ausmaßes hat nicht nur unerwünschte Folgen für die Vermögensbildung und die Einkommensverteilung, sie trägt auch die Tendenz zu partiellen Disproportionalitäten in sich, die die Nachhaltigkeit des wirtschaftlichen Wachstums gefährden.

. . . Schließlich ist noch darauf zu verweisen, daß eine inflatorische Entwicklung stets die Gefahr in sich birgt, in einen kumulativen Prozeß auszuarten, der nur durch Eingriffe gebremst werden könnte, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Beschäftigungseinbußen mit sich brächten und damit das Wachstum des realen Sozialprodukts unterbrechen.“

Damit ist die Aufgabe der aktiven Konjunkturpolitik von wissenschaftlicher Seite präzise formuliert: ständiges Wachstum des Sozialprodukts bei gleichbleibenden Preisen, d. h. bei stabiler Kaufkraft der Währung. Es wäre allerdings eine Illusion, anzunehmen, daß dieses Ziel automatisch erreicht wird. In der Hochkonjunktur ergeben sich Preisauftriebstendenzen, die den Keim zur künftigen Krisis in sich tragen könnten und die deswegen durch den planmäßigen Einsatz wirtschaftspolitischer Instrumente unwirksam gemacht werden müssen.

Es gibt vier Gruppen von Instrumenten, die uns in der Hochkonjunktur zur Verfügung stehen, um unerwünschte Preissteigerungen zu unterdrücken:

1. Instrumente der Kreditpolitik,
2. Instrumente der Finanzpolitik,
3. Instrumente der allgemeinen Preispolitik,
4. Instrumente der Beeinflussung der Sozialpartner, um sie zu bewegen, in der Ausnutzung von Knappheitssituationen bei Preisen und Löhnen Mäßigung zu beweisen.

Diese vier Instrumente hängen zusammen wie ein System von kommunizierenden Röhren. Wenn eines dieser Instrumente ausfällt, d. h. wenn man die Bremse auf einem Gebiet weniger scharf anzieht, muß, um denselben Effekt der Preisauftriebsbremsung zu erzielen, mit anderen Instrumenten um so schärfer gebremst werden. Das heißt also, daß, wenn auf die Anwendung des Instruments der Thesaurierung und damit der Sterilisierung von Kaufkraft in Gestalt von staatlichen Überschüssen verzichtet wird und in einer solchen Situation Steuersenkungen vorgenommen werden, andere Instrumente stärker angespannt werden müssen.

6) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), Berlin; Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg; Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München; Institut für landwirtschaftliche Marktforschung, Braunschweig-Völkenrode; Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel; Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen.

Das System kommunizierender Röhren tritt auch im Falle eines Versagens des Instruments 4 in Funktion. Wenn die Sozialpartner nicht bereit sind, ihren Beitrag zur Erhaltung eines stabilen Preisniveaus in Gestalt eines Verzichts auf an und für sich erzwingbare Preis- und Lohnsteigerungen zu leisten, so müssen andere Instrumente um so schärfer angespannt werden. Es liegt nahe, dann das Schwergewicht insbesondere auf die Instrumente der Kreditrestriktion zu legen.

Die deutschen Gewerkschaften haben bisher bei ihrer Lohnpolitik ein besonders hohes Maß von volkswirtschaftlichem Verantwortungsgefühl gezeigt. Die Versuchung, den Zustand der weitgehend erreichten Vollbeschäftigung zu Lohnsteigerungen zu benutzen, die — vielleicht nicht für die einzelne Arbeitergruppe, die gerade einen Lohnkampf führt, aber für die Gesamtheit der Arbeiter — über die Steigerung der Arbeitsproduktivität hinausgehen, wäre gerade in Deutschland besonders naheliegend gewesen. Es kann kein Zweifel daran sein, daß die deutsche Arbeiterschaft jahrelang an dem von ihr entscheidend mitarbeiteten Wirtschaftswunder einen ungenügenden Anteil hatte. Die Löhne sind jahrelang weniger gestiegen als die Produktivität. Der bescheidene Anteil des Arbeiters am Sozialprodukt ermöglichte das gewaltige Ausmaß der Investitionen, insbesondere derjenigen Investitionen, die auf dem Wege über die Selbstfinanzierung, durchgeführt wurden. Da liegt der Gedanke natürlich sehr nahe, daß die mit der Annäherung an die Vollbeschäftigung erreichte verbesserte Verhandlungsposition der Arbeitnehmer dazu benutzt werden sollte, um einen Ausgleich für die vorangegangenen Opfer zu erzielen, d. h. Lohnsteigerungen, die nun zur Abwechslung einmal über die Produktivitätssteigerung hinausgehen. Die Diskussion über die „dynamische Lohnpolitik“ ist ja noch in frischer Erinnerung.

Demgegenüber muß nüchtern festgestellt werden, daß das Preisniveau in einer Volkswirtschaft durch das Verhältnis zwischen monetärer (d. h. in Geld ausgedrückter) Nachfrage und dem Angebot von Gütern und Diensten aus der laufenden Produktion bestimmt wird. Wenn die monetäre Nachfrage, sei es durch Lohnsteigerungen, sei es durch Kreditexpansion, über das hinaus gesteigert wird, was der gleichzeitigen Steigerung des Sozialprodukts, d. h. des Angebots von Gütern und Diensten entspricht, müssen zwangsläufig die Preise steigen. Jeder Versuch, diesen gesetzmäßigen Zusammenhang nicht anzuerkennen, wäre ein Kampf gegen das Einmaleins.

Der Entschluß zu einer auf lange Sicht angelegten und die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge verantwortungsvoll berücksichtigenden Lohnpolitik ist den deutschen Gewerkschaften auch dadurch erleichtert, daß eine Politik, welche eine ständige Steigerung des Sozialprodukts ohne Preissteigerungen möglich macht, sich ja letzten Endes besonders auch zum Vorteil der Arbeiterschaft auswirkt. Ebenso wie es klar ist, daß der Versuch, die monetäre Nachfrage über die Steigerung des Angebots von Gütern und Diensten hinaus zu steigern, zu einer Preissteigerung, d. h. zu einer Inflation führen muß, ebenso sicher ist es auch, daß der umgekehrte Vorgang, nämlich ein Zurückbleiben der monetären Nachfrage und insbesondere der Lohnsteigerungen hinter der Steigerung des Sozialprodukts, zu einem Preiszusammenbruch und damit zu einer Deflation mit all den für Unternehmer wie Arbeiter in gleicher Weise schädlichen Folgen führen müßte. Nur wenn die Lohnsteigerungen im großen Durchschnitt sich auch weiterhin in der Höhe der Steigerungen des Sozialprodukts bewegen, kann die Stabilität des Preisniveaus in dem Sinne aufrechterhalten werden, daß eine Deflation vermieden wird.

Fritz Tarnow hat in seiner Schrift „Warum arm sein“ diese volkswirtschaftliche Grunderkenntnis schon im Jahre 1928 glänzend formuliert:

„Das fließende Band im Betrieb ist ein hilfloser Apparat, wenn es nicht angeschlossen ist an ein *fließendes Band des Absatzes*. Die ununterbrochene Reihenfolge sowohl der Gütererzeugung wie des Verbrauchs stellt den *geschlossenen Wirtschaftskreis her*. Das ist das Ziel der *volkswirtschaftlichen* und die Voraussetzung für das Gelingen der allgemeinen *betrieblichen* Rationalisierung.

Die fortlaufende Anpassung der Kaufkraft der breiten Massen ist der einzige Weg, der zu diesem Ziel führt. *Und dieser Weg führt durch die Lohntüte.*“

Wenn allerdings die Arbeiter bei der Ausnutzung der Knappheitssituation auf dem Arbeitsmarkt Mäßigung zeigen und auf Lohnsteigerungen verzichten sollen, die rein arbeitsmarkttechnisch vielleicht erzielbar, aber mit der Aufrechterhaltung eines stabilen Preisniveaus unvereinbar wären, so muß ein entsprechendes Verhalten auch von der Unternehmerseite gefordert werden. Auch die Unternehmer müssen auf Preissteigerungen verzichten, die vielleicht auf Grund übervoller Auftragsbücher bei vielen Produkten möglich wären. Wenn sie diesem Rat nicht folgen, so müssen ihnen gegenüber alle Instrumente zur Anwendung gebracht werden, die der staatlichen Konjunkturpolitik hier zur Verfügung stehen.

Vom Instrument der Zollsenkung als Bremse des Preisauftriebs ist bisher in der Bundesrepublik bestimmt viel zu wenig Gebrauch gemacht worden. Wir stehen vor der paradoxen Situation, daß die in der Opposition stehende SPD zwar bereit ist, dem Bundeswirtschaftsminister *Erhard* allerweiteste Vollmacht zur Zollsenkung in die Hand zu geben und daß sie den Wunsch hat, daß er von dieser Ermächtigung möglichst kräftigen Gebrauch macht, daß aber die eigenen Koalitionsparteien ihm in den Arm fallen möchten.

Das große Ziel der Wirtschaftspolitik, das wir oben dahin formuliert haben, daß wir erstens die Vollbeschäftigung aufrechterhalten, zweitens das Sozialprodukt auch weiterhin von Jahr zu Jahr steigern, aber drittens dies nicht unter Entwertung der Währung, sondern unter Aufrechterhaltung eines stabilen Geldwertes erreichen wollen, ist nicht erreichbar, wenn Interessenteneinflüsse sich auf Kosten des volkswirtschaftlichen Gesamtinteresses immer wieder durchsetzen. Eine konstruktive Wirtschaftspolitik würde in der heutigen Situation sogar die Beseitigung eines erheblichen Teiles unserer heute entbehrlich gewordenen Zollrüstung verlangen. Es ist eine einzigartige Gelegenheit gegeben, die Situation der Vollbeschäftigung und der übervollen Auftragsbücher dazu zu benutzen, einen erheblichen Teil der Zollrüstung, gerade auch auf industriellem Gebiet, über Bord zu werfen. Für die deutsche Wirtschaftsstruktur insgesamt kann sich dadurch nur eine Verbesserung und Stärkung ergeben.

Damit kommen wir zu der Erkenntnis, daß die wissenschaftliche Fundierung der Konjunkturpolitik zwar soweit vorgedrungen ist, um klare Richtlinien einer langfristigen Konjunkturpolitik zu entwickeln, welche den ständigen Aufstieg des Sozialproduktes und dementsprechend der Reallöhne ohne Preissteigerungen sicherstellt. Die politischen Voraussetzungen für die Befolgung dieser wissenschaftlichen Ratschläge aber müssen noch geschaffen werden. Sie zu schaffen, wird sich für alle Schichten des deutschen Volkes lohnen. Auch diese Erkenntnis ist von Fritz Tarnow schon vor fast dreißig Jahren mit dem Schlußabsatz seines Buches „Warum arm sein?“ ausgesprochen worden:

„Wir beantworten also die Frage, ob wir arm sein müssen, mit einem entschiedenen Nein. Angesichts des vorhandenen leeren Raumes zwischen Produktionskapazität und wirklicher Produktion, angesichts der Tatsache, daß auch die Produktionskapazität auf allen wichtigen Gebieten der Gütererzeugung schon nach dem heutigen Stande der arbeitswissenschaftlichen Ergebnisse noch unübersehbar ausgedehnt werden könnte, ist Armut kein ökonomisches Muß, sondern eine soziale Krankheit, deren Heilbarkeit auch schon im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft außer Zweifel steht.“

HERMANN J. WALLRAFF

Wir kommen nicht daran vorbei, konkrete Rangordnungen der wirtschaftlichen Zwecke und der gesellschaftlichwirtschaftlichen Leistungen und Positionen zu erarbeiten. Die objektive Konkretisierung des Allgemeinwohles zu begründeten Skalen der wirtschaftlichen Werte ist offenbar eines der ersten Anliegen der Wirtschaftswissenschaften von heute.